



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Das mitteleuropäische Kriegsziel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitbestimmung der Volksvertretung, des Volkes selbst die Würde der Krone selbst beeinträchtigt werde. Ein Kanzler, der von dem vollen Vertrauen des Volkes und seiner Vertretung getragen wird, ist heute schlechthin ein nationales Erfordernis, wir dürfen sagen das nationale Erfordernis!



Das mitteleuropäische Kriegsziel

Von Dr. Karl Buchheim



Deutschland hält wider von den Schlachtrufen der Kriegszielparteien: hie „Verständigungs-“, hie „Sicherungs-“friedel! Ob die Gegensätze gar so unüberbrückbar sind? Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es diplomatischer gewesen wäre, nicht gegen die Reichstagsmehrheit Sturm zu laufen, sondern ihre Friedensentschließung ebenso für die nationale Sache auszuwerten, wie man es doch verstanden hat, das Friedensangebot vom Dezember 1916 zu benutzen. Unsere Kriegsziele lassen sich auf dem Boden der Reichstagsentschließung erreichen*), wie es ja auch die Regierung des Herrn Dr. Michaelis allem Anschein nach zu tun unternimmt. Die Gefahr des kommenden Friedens scheint mir nicht gar so arg darin zu liegen, daß man einen sogenannten „Verzichtfrieden“ schließen könnte — „Verständigung“ ist noch lange kein „Verzicht“! —, sondern daß man über der Sorge der Sicherung gegen England und Rußland die rechtzeitige Erneuerung des eigenen Hauses übersieht. Ich denke an „Mitteleuropa“. Die Vorherrschaft über Belgien ist dringend wünschenswert, denn sie kann uns fähig machen, den Wettlauf mit England und Amerika um die wirtschaftliche Ausnutzung des Atlantischen Ozeans noch einmal und unter besseren Bedingungen als vor dem Kriege aufzunehmen. Aber um dieser Aussicht willen dürfen wir die Grundlagen unserer Stellung in Mitteleuropa nicht gering achten. Wir werden ferner vielleicht Rußland hinter die Karowa, wenigstens hinter die Düna zurückdrängen. Aber was könnte das nützen, wenn wir in Österreich-Ungarn etwa eine Entwicklung geschehen ließen, die die slawische

*) Vgl. meinen Aufsatz „Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstages“ „Grenzboten“ 1917, Nr. 31.

Gefahr früher oder später aufs neue im Südosten akut machte? Die Verwirklichung unserer Kriegsziele gegen England und Rußland ist schließlich doch noch nicht so wichtig, wie der Ausbau unserer mitteleuropäischen Basis, die Umwandlung des bis jetzt rein völkerrechtlichen auflösbaren Bündnisses mit Österreich-Ungarn zu einem auf die Dauer geschaffenen Gebilde. Auch wenn es jetzt gelänge — was nicht einmal wahrscheinlich ist —, die Gefahr des russischen Panславismus für immer zu bannen, so könnte sie doch, wenn wir nicht weitschauend vorsorgen, als „Austroslawismus“ in noch gefährlicherer Nähe wiederauftauchen. Man stelle sich doch nur einmal vor, was werden müßte, wenn Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Kriege getrennte Wege einschlugen, wenn man auch nur die Möglichkeit offen lassen wollte, andere politische Konstellationen zu suchen und den von Bismarck und Andrassy geschlossenen Bund als ein nur zeitweiliges Obdach betrachten wollte, das nunmehr im Kriege seine Dienste getan hat. Ein Österreich ohne das deutsche Bündnis müßte im heutigen demokratischen Zeitalter dem Schwergewicht seiner Volksmassen folgend slawisch werden. Und was läge dann für ein slawisch geleitetes Habsburgerreich näher, als eine enge Verbindung mit dem neuen Polen zu suchen, das im Osten von uns auf lange hinaus kein wunschloser Nachbar sein wird? Dann wäre Deutschland von einer neuen slawischen Gefahr von zwei Seiten umfaßt. So mag denn manches Kriegsziel in Europa und Übersee wichtig und wünschenswert sein: das wichtigste von allem ist doch die dauernde Einrichtung der Lebensgemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, die Lösung der mitteleuropäischen Frage. Gerade dieses Kriegsziel beschäftigt jedoch unsere Öffentlichkeit am wenigsten. Von seiner Verwirklichung schweigen die „unabhängigen Ausschüsse“ und die „Vaterlandspartei“. Hält man seine Durchsetzung für selbstverständlich oder weiß man nicht, wie wichtig es ist?

Wir sind heute noch weit entfernt, mit Österreich und mit Ungarn so im Reinen zu sein, daß wir nach dem Kriege anfangen könnten, Mitteleuropa aufzubauen. Erst kürzlich habe ich den Lesern der „Grenzboten“ (Nr. 38 d. J.) berichtet, daß man als Deutscher in Ungarn keineswegs den Eindruck hat, als sei die ungarische politische Öffentlichkeit schon völlig reif für den mitteleuropäischen Gedanken. Heute liegt mir nun eine Broschüre von Dr. Richard Bahr vor, der diesen Eindruck, und zwar im Verkehr mit führenden Politikern des Stefansreiches, offenbar auch durchaus gehabt hat*). Bahr sagt im Vorwort, er sei mit einer größeren Arbeit beschäftigt, die Reichsdeutschland in das Verständnis der habsburgischen Monarchie einführen soll. Ich kann dem werdenden Buche von ganzem Herzen nur recht großen Erfolg dereinst wünschen. Schon in der jetzigen kleinen Flugschrift erwirbt sich der Verfasser das große Verdienst, auf die Wichtigkeit der österreichisch-ungarischen Probleme für uns

*) Dr. Richard Bahr „Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft. Deutschland, Österreich und Ungarn“. Reichsverlag Herm. Kallhoff, Berlin W. 35, 1917.

Reichsdeutsche hinzuweisen. Während sich die meisten Leute bei uns entweder gar nicht um die Bundesgenossen kümmern oder nur um an ihnen zu nörgeln, tritt hier ein Schriftsteller hervor, der zu zeigen weiß, was wir von den Ungarn und Österreichern verlangen können und was wir nicht verlangen dürfen, aber auch was wir für sie tun müssen. Bahr hat den Mut, unter Waffenbrüdern die Wahrheit zu sagen. Es sind der Faktoren manche, die auch heute unter der Not des Krieges der dauernden mitteleuropäischen Einheit entgegenarbeiten. Bahr nennt sie alle mit der gleichen Offenheit. In Ungarn, wo die führenden Kreise es an sich zu einem hohen Maße politischer Bildung gebracht haben, wurzeln sie meist in einem für die heutige Zeit der Völkerbünde allzu engem nur-magyarischen Nationalismus, in Österreich in der zahlenmäßigen Schwäche und parteipolitischen Zersplitterung des führenden Staats- und Kulturvolkes, der Deutschen, und im Reiche in der Verständnislosigkeit der politischen Öffentlichkeit, die immer, auch jetzt in den Kriegszieldebatten, den Blick nach ganz anderen Seiten richtet. Von Ungarn habe ich kürzlich gesprochen. Darum soll heute hauptsächlich von den reichsdeutschen Hemmungen des Interesses für die Fragen Österreich-Ungarns und für die mitteleuropäischen Kriegsziele die Rede sein.

Der deutsche Nationalismus ist minder einseitig als der magyarische, denn wir Deutschen wohnen in unserem Reiche fast allein, während die Magyaren in Ungarn nur eine ganz kleine Mehrheit neben den „Nationalitäten“ ausmachen und darum schon in ihrer inneren Politik veranlaßt sind, nationalistischer aufzutreten. Bei uns Deutschen hängt das mangelnde Verständnis für die mitteleuropäischen Ideen mehr mit einer gewissen, ich möchte sagen, materialistischen politischen Erziehung unserer öffentlichen Meinung zusammen, die wir erfahren haben, seit wir sogenannte „Realpolitik“ treiben. Der mitteleuropäische Gedanke ist ja keine Erfindung der modernen Wirtschafts- und Machtpolitik, sondern er stammt aus den inneren Erlebnissen des deutschen Volkes in seiner Geschichte, z. B. aus der alten Kaiseridee und aus dem Kopfe oder dem Herzen ideologisch gerichteter politischer Denker. Seiner Geschichte hat kürzlich die Flugschriftsammlung „Der deutsche Krieg“ ein Heftchen gewidmet^{*)}. Es sind die Fortbildner der einstigen großdeutschen Ideen, wie der österreichische Minister von Bruck^{**)}, und reichsdeutsche Denker wie Konstantin Franz, Karl Christian Pland und Paul de Lagarde, die in der Zeit der kleindeutschen Reichsgründung die Einheit Mitteleuropas, Deutschlands und Österreich-Ungarns als ferneres Ziel im Auge behielten. Alle diese Publizisten fanden zu ihrer Zeit nicht gerade Anklang, eben weil ihre Gedanken mit den großdeutschen Reichsträumen in einem gewissen Zusammenhange der Entwicklung standen. Damals und später

^{*)} Dr. Jacques Stern, „Mitteleuropa“. Von Leibniz bis Naumann über List und Franz, Pland und Lagarde. „Der deutsche Krieg“, politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäch, Nr. 92. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. Preis 50 Pf.

^{**)} Vgl. meinen Aufsatz „Das Vermächtnis Brucks“, „Grenzboten“ 1917, Nr. 12.

noch wußte ja jeder gebildete Deutsche, der Treitschke gelesen hatte, daß die großdeutschen Ideen „realpolitisch“ völlig unbrauchbar gewesen wären. Er wußte, daß die deutsche Einheit nur durch den Bruch mit Österreich hatte geschmiedet werden können, und daß Bismarck verdienstlicherweise endlich mit allen österreichischen Sentimentalitäten aufgeräumt hatte. Wir sind alle mehr oder weniger seit dem Scheitern der Paulskirche durch unsere Geschichte zu einem politischen Denken erzogen worden, das die Faktoren der wirtschaftlichen und politischen Macht am höchsten wertet. In dieser Beziehung hat in bestimmten Volksschichten Marx ganz ähnlich gewirkt, wie Bismarck in anderen. Beiderseits leitete man Lehren eines gewissen ethischen Materialismus in der Politik ab. Es entstand unter uns das beliebte Bild von den Deutschen als den politischen Idealisten, die ihren Grundsätzen und Träumen nachgingen, indes die anderen die Welt verteilten. Darum erzogen wir uns zum politischen Realismus und ließen uns immer wieder sagen, daß wir noch viel „realpolitischer“ werden müßten. Das ist ja die Melodie, die auch heute noch immer der Alldeutsche Verband angibt, die das ganze Orchester der von seinen Gedanken beeinflussten Presse Tag für Tag nachbläst, und die aus unzähligen Kriegszielfundgebungen immer wieder durchklingt. In Wirklichkeit wird man aber doch Realismus in den politischen Methoden etwa unserer Agrarier, unserer Schwerindustrie und unserer Großhandelskreise schwerlich mehr im Ernst vermissen. Man beruft sich überall auf Bismarck, aber zuviel auf den Bismarck, der mit Kürassierstiefeln auftrat. Das feine Bismarckwort von den Imponderabilien in der Politik zitiert man zwar öfters, vermag es aber kaum in seiner ganzen Tragweite zu ermessen. Ist also der Geist unserer Unternehmung und unseres Nationalismus materialistisch geworden, so ist es der Geist unserer Arbeiterbewegung, die von Marx und der ökonomischen Geschichtsauffassung beherrscht wird, nicht minder. Dieser Materialismus des politischen Denkens ist dem mitteleuropäischen Gedanken nicht günstig. Denn dieser Gedanke, der mehrere Staaten zu einer höheren Einheit zusammenfassen will, fordert natürlich von ihnen allen, also auch von unserem Staate, Unterordnung der eigenen Interessen unter die Interessengemeinschaft. Daß auch einem Staat Rücksichten oder gar Opfer zugemutet werden könnten, will in unserer Zeit vielen, denen so oft die Rücksichtslosigkeit der staatlichen Interessenpolitik als oberster Grundsatz staatsmännischer Weisheit gepredigt worden ist, natürlich nicht leicht in den Kopf. Bethmann Hollweg hat sich im Kampfe gegen diese Anschauungen Verdienste erworben, die man seinen staatsmännischen Fähigkeiten später wieder zugute halten wird. Glücklicherweise schwimmt auch die Regierung seines Nachfolgers nicht im Fahrwasser der einseitigen Staatsegoisten. Das beweist z. B. eine der jüngsten Reden des Staatssekretärs des Auswärtigen von Kühlmann, der nach langer Zeit einmal wieder Worte fand, von Europa und europäischen gemeinsamen Interessen zu sprechen. Wahrscheinlich haben die alldeutsch beeinflussten Kreise schon gewußt, wessen sie sich von Kühlmann zu versehen hatten.

Denn ihre Begrüßung war nicht allzu freundlich, als er sein neues Amt antrat. Das ist es aber, was wir brauchen, wenn wir ein Mitteleuropa gründen wollen: europäisches politisches Fühlen müssen wir haben. Im mitteleuropäischen Verbands mit Österreich-Ungarn werden wir manche politische Schwierigkeiten haben, die wir für uns allein vielleicht nicht hätten. Wir müssen die Interessen anderer Völkerschaften in einem Maße neben den unseren gelten lassen, das wir für uns allein nicht nötig hätten. Wir werden sogar hier und da ein kleines Opfer bringen müssen. Die innere Festigkeit, die Mitteleuropa durch den dauernden Bund Deutschlands und Österreich-Ungarns gewinnen wird, die Ruhe, die durch diese politische Ordnung in das Staatensystem Europas kommen kann, sind solcher Opfer wert. Ob die Politik eines Staates nur von seinen eigenen unmittelbarsten Interessen diktiert sein darf und soll oder nicht, ist eine Frage, die nicht allgemein beantwortet werden kann. Wir sind zurzeit in dieser Lage nicht! Wir brauchen für unsere politischen Aufgaben Blick für die Interessen und gemeinsamen Kulturbedürfnisse aller mitteleuropäischen Völker, d. h. wir brauchen etwas politischen Idealismus. So gut, wie wir in Belgien unflug wären, wenn wir nur unser militärisch-wirtschaftliches und nicht auch das Interesse der Flamen im Auge haben wollten, so gut wäre es töricht, wenn wir unsere Begeisterung für Mitteleuropa nur nach dem augenblicklichen materiellen Vorteil, den uns ein Wirtschaftsbündnis mit Österreich-Ungarn bringen könnte, abmessen wollten. Allerdings soll der mitteleuropäische Bund zwischen uns und der Donaumonarchie vor allem auch auf gesunde wirtschaftliche Grundlagen gestellt werden. Aber das wäre verkehrt, wenn man die Frage, ob er überhaupt geschlossen werden soll, lediglich von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig machen wollte. Ich fürchte freilich, daß noch weite Kreise bei uns die Sache so ansehen: was haben wir für Vorteil, wenn wir uns an Österreich-Ungarn binden? Die Dinge liegen aber vielmehr so: wir müßten den Bund schließen, auch wenn wir wirtschaftlichen Nachteil davon hätten. Denn wir brauchen ihn, weil wir nicht zulassen können, daß das österreichisch-ungarische Slawentum — das wir doch einmal, auch bei martialischsten politischen Anschauungen, nicht vertilgen können — sich zu einer uns feindlichen Macht auswächst, und weil uns deswegen gar nichts anderes übrig bleibt, als es — gern oder nicht! — zum Bundesgenossen zu gewinnen. Wir brauchen den mitteleuropäischen Bund weiter, um zu Völkern wie Magyaren und Türken, die weltpolitisch unsere Schicksalsgenossen geworden sind, die Wege offen zu halten. Und wir brauchen ihn, um zwölf Millionen Volksgenossen, die in der Donaumonarchie wohnen, für unsere nationale Kraft nicht verloren gehen zu lassen. Soll es noch so weit kommen, daß der Österreicher sich nicht mehr als Deutscher fühlt, sondern als Nationalität für sich? Wir haben es ja an der Schweiz erlebt, wie es gehen kann; wir überwinden nur höchst mühsam im Elsaß die Folgen einer ähnlichen Sonderentwicklung. Und wenn die deutsche Wirtschaft im Zollbund mit Österreich-Ungarn dauernd Opfer brächte: allein die zwölf

Millionen Volksgenossen drüben wären die Opfer wert! Denkt man aber so in den Kreisen, die berufen sind, den Aufbau Mitteleuropas vorzubereiten? Leider stecken wir viel zu tief in einem politischen Denken, das sich zu sehr um Absatzmärkte und Flottenstützpunkte, zu wenig um das Wohl und Wehe der uns auf Erden geschenkten deutschen Menschen sorgt!

Unseren Beziehungen zu Österreich-Ungarn ist auch die Tatsache nicht günstig, daß seit Gründung des neuen Reiches das Schwergewicht unserer wirtschaftlichen Interessen und unserer politischen Macht in Norddeutschland liegt. Die preussische Landwirtschaft, die Schwerindustrie, die hanseatischen Kaufleute kennen Österreich verhältnismäßig wenig und sehen meist in ihrem unmittelbaren Wirkungskreis selten Grund, sich um die Zustände der Donaumonarchie zu kümmern. Das Gesicht unserer nationalen Expansion war seit Jahrzehnten der Nordsee und dem Atlantischen Ozean zugekehrt. Und für die allgemeine Stimmung unserer Gebildeten ist es bedeutungsvoll, daß die politische Romantik unserer Zeit ebenfalls nach Norden wies. Jede Zeit hat ihre politische Romantik, auch wenn sie grundsätzlich „realpolitisch“ sein will. Früher war diese Romantik unseres Volkes nach Süden gerichtet, hohenzollernisch und voll von den Traditionen des Heiligen Römischen Reiches. Darnach aber kam die nordische Rassenromantik; wir fühlten uns als Germanen und suchten die Heimat deutschen Wesens im Norden. Das hat unsere historische Bildung tief beeinflusst und mit der historischen auch die politische. Manchem Historikern schien Heinrich der Löwe ein größerer Nationalheld zu sein als Barbarossa, die nordostdeutsche Kolonisation wichtiger als die Römerzüge, die Hanseatengeschichte bedeutender als die der Augsburger und Nürnberger Weltschiffahrt. So folgte das historische Interesse dem Aufstieg der politischen Macht Norddeutschlands. Österreichische Geschichte wurde auf unseren Schulen nur im Rahmen der preussischen berücksichtigt. Was man so wenig kennt, dessen historischen und politischen Wert kann man nicht wahrhaft ermessen. Es fehlt in unserem Verhältnis zu Österreich noch zu sehr an der Liebe. Sind wir doch ernstlich imstande, uns unter den Volksgenossen von Tirol und Böhmen im „Ausland“ zu fühlen. Auch der Krieg hat die Verständnislosigkeit in weiten reichsdeutschen Kreisen noch nicht überwunden, man würde sich sonst etwas mehr Mühe geben, die wahren Gründe des Versagens mancher österreichisch-ungarischer Truppenteile in dem bösen Willen vieler Slawen und den unendlichen Schwierigkeiten der Vorbereitung der Mobilmachung wegen der kurzfristigen Nationalitätenpolitik in den Parlamenten zu erkennen. Fast ein Jahrzehnt hat z. B. die Hartnäckigkeit der Magyaren seinerzeit notwendige Armee Reformen verzögert.

Als Haupthemmnungen des mitteleuropäischen Gedankens in Reichsdeutschland bezeichne ich also den Materialismus unseres politischen Denkens und den Mangel an verständnisvoller Liebe für die österreichischen Volksgenossen. An der Überwindung dieser Hemmnungen müssen wir arbeiten. Die Schöpfung Mitteleuropas müßte von unserer populären Kriegszielagitation als wichtigster

Programmpunkt aufgenommen werden. Man strengt sich mit Recht an, für die Lösung der belgischen und baltischen Frage ein vollstündliches Programm zu schaffen: die mitteleuropäische ist mindestens derselben Mühe wert.

Bei alledem möchte ich nicht behaupten, daß der Fortschritt des mitteleuropäischen Gedankens gerade bei uns Reichsdeutschen die größten Hemmungen erführe. Wir dürfen uns vielleicht sogar das Zeugnis ausstellen, daß wir ihm weniger Schwierigkeiten machen, als die oft einfach böswilligen Slaven und die in ihrem Nationalismus etwas zu hartnäckigen Magyaren. Was von Ungarn mindestens zu verlangen wäre, habe ich kürzlich in Nr. 38 der „Grenzboten“ gesagt: Anerkennung der deutschen Sprache als mitteleuropäische Kulturhilfssprache im ungarischen Staatsgebiet und Behandlung des ungarländischen Deutschtums nicht mehr als „Nationalität“, sondern als Teil des Staatsvolkes. Nur unter diesen Bedingungen wird ein im übrigen straff zentralisierter Magyarenstaat eine Stütze Mitteleuropas sein. Während so in Ungarn der zentralistische Staatsgeist etwas gemildert werden muß, müssen wir für die zisleithanische Reichshälfte eine viel straffere Zentralisation fordern. Auch Österreich braucht ein Staatsvolk, und das können nur die Deutschen sein. Um ihnen die Mehrheit im Staate zu verschaffen, ist die Abtrennung von Galizien und Dalmatien von Österreich zu fordern. Diese Forderung ist im Geiste der letzten Regierungstat Kaiser Franz Josefs, der im Novembererlaß 1916 versprach, dem selbständig gemachten Kongreßpolen ein autonomes Galizien an die Seite zu stellen. Den mit den Deutschen in Österreich verbleibenden Nationalitäten, insbesondere den Tschechen, kann jede mit straffer staatlicher Einheit vereinbare Selbständigkeit zugestanden werden, aber dem Programm des böhmischen Staatsrechtes darf man nicht entgegenkommen. Mit Recht sagt Richard Bahr, daß von der Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft in Österreich das ganze mitteleuropäische Bündnis abhängt. Ein slawisiertes Österreich ist ein „Gelegenheitsalliiertes“, wie es Italien war; ein deutsches Österreich ist unser Weg- und Schicksalsgenosse für alle Zeiten.

Darum ist die Befestigung der deutschen Herrschaft in Österreich nicht etwa eine österreichische, sondern eine gesamtdeutsche und mitteleuropäische Angelegenheit. Sie geht uns im Reiche alle an, wie unsere eigene Sache. Darum müssen wir unsere öffentliche Meinung organisieren zur Durchführung unserer Forderungen in der Donaumonarchie. Man darf den Deutschen drüben keinen Schlag mehr versetzen, der nicht auch bei unserem ganzen Volke sofort als Schlag empfunden würde. Unsere ganze öffentliche Meinung muß zu solchem mitteleuropäischen Nationalgefühl erzogen werden. Unsere Verkehrsbehörden mögen immer wieder drüben die mitteleuropäische Bedeutung der deutschen Sprache mit dem gebotenen Nachdruck in Erinnerung bringen, unsere Wirtschaftsvereinigungen und auch unsere Kirchen*) mögen überall, wo sie können,

*) Vgl. meinen Aufsatz in den „Grenzboten“ Nr. 38 dieses Jahres.

an der Erziehung mitteleuropäischen Geistes arbeiten! Wirtschaftlichen Vorteil dürfen wir freilich nicht in erster Linie bei diesen Bestrebungen suchen. Selbst wenn wir in dieser Beziehung ein Opfer bringen müßten oder wenn wir etwa auch auf rückständige Sozialzustände drüben und auf andere konfessionelle Machtverhältnisse Rücksicht nehmen müßten, so müssen wir trotzdem Mitteleuropa als vornehmstes Kriegsziel wollen. Mitteleuropa allein wäre die schönste Frucht unseres Sieges. Denn wichtiger als alles, was wir auf Kosten der Macht- oder Einflußsphären unserer Feinde erlangen können, ist die politische Ordnung, die wir auf unserem und unserer Verbündeten eigenen Boden erreichen, um den seit über drei Jahren unser Blut in Strömen fließt. Wichtiger als ein freies Meer ist ein freies, weites, zu machtvoller Einheit gefügtes Land!



Die neue Prüfungsordnung für die Kandidaten des höheren Lehramtes

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt



Schulfragen sind Lehrerfragen — die Richtigkeit dieses Satzes beweist die Geschichte der Pädagogik auf Schritt und Tritt, es beweist sie aber auch für jeden Vater jeder Besuch beim Lehrer des Sohnes. Und daher kommt es, daß mit einem Schein des Rechtes behauptet werden darf, Schulfragen und zwar auch Fragen der inneren Organisation der Schulen seien Angelegenheiten des ganzen Volkes, das heißt also auch der Laien. Aber so richtig es ist, daß das Vorhandensein eines Schulwesens und zwar eines wohlgeordneten Schulwesens Sache des Volkes ist, so muß doch andererseits seine Ausgestaltung den Männern vorbehalten bleiben, die sich aufs genaueste damit beschäftigt haben und für die die Zusammenhänge klar liegen, die zwischen der Schule und den übrigen Lebensgebieten bestehen. So hat sich denn während des Krieges und fast ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit eine „Schulreform“ vollzogen, die viel wichtiger ist, als so manche von Neuerern als dringlich bezeichnete Maßnahme, nämlich die Neuschaffung einer Prüfungsordnung für das höhere Lehramt, eben unter dem Zeichen des Satzes, den ich an den Anfang dieses Abschnittes gestellt habe.